

SPIEGEL-GESPRÄCH

# „Die missbrauchen meinen Namen“

Wirtschafts-Nobelpreisträger James Tobin über die überraschende Wiederentdeckung seiner Spekulationsteuer, sein gestörtes Verhältnis zu den Globalisierungsgegnern und die Fehler der Europäischen Zentralbank



Tobin

**SPIEGEL:** Herr Tobin, Sie sitzen hier in Wisconsin seelenruhig am See, während Globalisierungskritiker in Europa unter Ihrem Namen die Revolte proben. Reißt Sie das nicht von der Gartenbank?

**Tobin:** Ganz bestimmt nicht. Ich habe nicht das Geringste gemein mit diesen Anti-Globalisierungs-Revolutionären.

**SPIEGEL:** Die Protestorganisation Attac hat sich ursprünglich nach Ihnen benannt, Demonstranten fordern lautstark die Tobin-Tax. Freut es Sie gar nicht, dass Ihre vor 30 Jahren vorgestellte Idee einer Spekulationsteuer auf Devisengeschäfte endlich Anhänger findet?

**Tobin:** Natürlich freut mich das, aber der meiste Applaus kommt von der falschen Seite. Sehen Sie, ich bin Ökonom und wie die meisten Ökonomen ein Anhänger des Freihandels. Ich befürworte außerdem den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank, die Welthandelsorganisation – all das, wogegen diese Bewe-

gung anrennt. Die missbrauchen meinen Namen.

**SPIEGEL:** Diese Bewegung will die Einführung einer Steuer auf Devisengeschäfte. Damit sollen die Kapitalmärkte gebändigt und mit den zusätzlichen Einnahmen die Entwicklungshilfe verstärkt werden. Klingt das nicht wie Ihr Vorschlag?

**Tobin:** Ich hatte vorgeschlagen, die Einnahmen der Weltbank zur Verfügung zu stellen. Aber darum ging es mir gar nicht. Die Devisenumsatzsteuer war dafür gedacht, Wechselkursschwankungen einzudämmen. Die Idee ist ganz simpel: Bei jedem Umtausch von einer Währung in die andere würde eine kleine Steuer fällig, sagen wir von einem halben Prozent des Umsatzes. So schreckt man Spekulanten ab. Denn viele Investoren legen ihr Geld sehr kurzfristig in Währungen an. Wird dieses Geld plötzlich zurückgezogen, müssen die Länder die Zinsen drastisch anheben, damit die Währung attraktiv bleibt. Hohe Zinsen

## Die Tobin-Steuer

ist benannt nach dem amerikanischen Ökonomen James Tobin, 83. Der Anhänger der Keyneschen Wirtschaftslehre, der 1981 den Nobelpreis erhielt, entwickelte 1972 die Idee, alle Devisengeschäfte an den Börsen mit einer Abgabe von einem Prozent zu belegen – und so Sand ins Getriebe der Finanzmärkte zu streuen. Heute ist die Tobin-Steuer zum Symbol der Globalisierungskritiker geworden. Vehement fordern Gruppen wie Attac, eine Spekulationsteuer in Höhe von 0,1 bis 0,25 Prozent einzuführen und mit den Einnahmen der Dritten Welt zu helfen. In der vergangenen Woche unterstützte mit Lionel Jospin erstmals der Regierungschef eines großen Industrielandes diesen Ansatz. Der Franzose will die EU-Finanzminister, die Ende September in Lüttich tagen, zu einer Initiative bewegen. Gastgeber Belgien hatte das Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Alle anderen Euro-Staaten, aber auch die USA lehnen die Abgabe dagegen ab. „Die Tobin-Steuer könnte nur funktionieren, wenn sie in allen Ländern der Welt eingeführt wird“, urteilt Bundesfinanzminister Hans Eichel. „Das ist illusorisch.“ Gleichwohl ist auch in Berlin eine kontroverse Debatte in Gang gekommen. Entwicklungshilfenministerin Heidemarie Wiecek-Zeul und

Außenminister Joschka Fischer halten die Steuer, trotz aller Zweifel, für prüfenswert, linke Politiker bekunden ihre Sympathie. So sind die SPD-Parlamentarier Edelbert Richter, Detlev von Larcher und Andrea Nahles sowie Rebecca Harms, Parteiratsmitglied der Grünen, und Ex-Finanzminister Oskar Lafontaine gleich Mitglied bei Attac geworden. Weltweit unterstützen 680 Abgeordnete die Gruppe, in der vergangenen Woche schickte Attac seine Erklärung an alle Bundestagsabgeordneten. Erster Erfolg: Grünen-Fraktionschefin Kerstin Müller versprach, einen Antrag zur Tobin-Steuer ins Parlament einzubringen – vorausgesetzt, die SPD macht mit. Doch die ziert sich: SPD-Fraktionsvize Joachim Poß warnt, „diese Steuer zu überhöhen“, es gebe bessere Instrumente gegen die Spekulation. Auch der grüne Finanzexperte Oswald Metzger spricht von einer „Sankt-Nimmerleins-Tag-Steuer, die nie kommt“. Selbst in Frankreich wachsen die Zweifel: Finanzminister Laurent Fabius wies den Vorstoß seines Chefs brüsk zurück. Und ein Attac-Sprecher argwöhnte, Jospin, der 2002 Präsident werden möchte, wolle bloß Wähler gewinnen – und die Tobin-Steuer ansonsten beerdigen.

**Anti-Globalisierungs-Demonstration in Genua**  
„Gut gemeint und schlecht durchdacht“



aber sind oft desaströs für die heimische Wirtschaft, wie die Krisen in Mexiko, Südostasien und Russland während der neunziger Jahre gezeigt haben. Meine Steuer würde Notenbanken kleiner Länder Handlungsspielraum zurückgeben und dem Diktat der Finanzmärkte etwas entgegensetzen.

**SPIEGEL:** Spekulanten abschrecken, Diktat der Finanzmärkte – ist das nicht die Sprache der Globalisierungskritiker?

**Tobin:** Denen geht es, glaube ich, hauptsächlich um die Einnahmen aus der Steuer, mit denen sie ihre Projekte zur Weltverbesserung finanzieren wollen. Für mich aber ist das Geldeintreiben gerade nicht der Schwerpunkt. Ich wollte den Devisenhandel bremsen, Steuereinnahmen sind für mich nur ein Nebenprodukt.

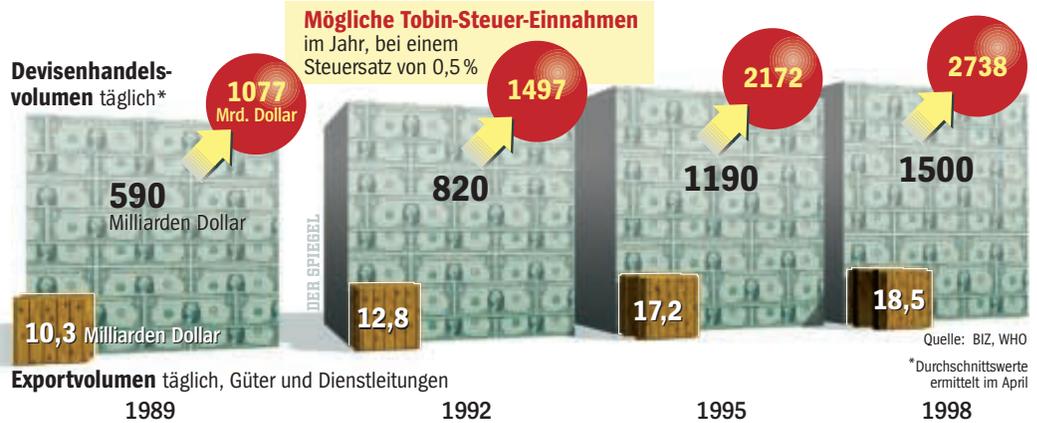
**SPIEGEL:** Was spricht denn dagegen, dieses Nebenprodukt für gute Zwecke zu nutzen?

**Tobin:** Nichts, ich wäre froh, wenn die Einnahmen den Armen der Welt zukämen. Darüber allerdings hätten die teilnehmenden Regierungen zu bestimmen.

**SPIEGEL:** Was hat Sie 1972 getrieben, die Tobin-Steuer zu entwickeln?

**Tobin:** Ich bin ein Jünger von Keynes, und der schlug schon im berühmten Kapitel 12 seiner „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ eine solche Umsatzsteuer vor, um Investoren dauerhafter an ihre Aktien zu binden. Die-

## Fischen im großen Geldstrom Wie man den Welt-Devisenhandel besteuern könnte



se Idee übertrug ich 1971 auf Devisenmärkte. Damals verabschiedeten sich die USA vom Bretton-Woods-System fester Wechselkurse, gleichzeitig versprachen die ersten elektronischen Geldtransaktionen an Computern eine enorme Steigerung der Zahl von Transaktionen. Ich wollte diesen Prozess verlangsamen, damit weniger spekuliert wird und die Umtauschkurse nicht so schwanken. Heute, wo jeder Mensch zu jeder Zeit per Heim-PC an der Börse handeln kann, ist dieses Problem um ein Vielfaches größer geworden.

**SPIEGEL:** Müsste die Einführung dieser Spekulationsteuer nicht überall zeitgleich erfolgen, um Schlupflöcher und Steueroasen zu vermeiden? Wer soll das steuern? Eine internationale Tobin-Steuer-Behörde?

**Tobin:** Das könnte doch der Internationale Währungsfonds (IWF) machen. Der hat Erfahrung mit dem weltweiten Währungssystem. Fast alle Länder sind dort Mitglied.

**SPIEGEL:** Ausgerechnet der IWF? Nicht nur unter Globalisierungsgegnern gilt er als Erfüllungshelfer des globalen Kapitalismus, der am besten abgeschafft gehört.

**Tobin:** Im Gegenteil: Ich denke, der IWF muss gestärkt und vergrößert werden. Sicher hat er viele Fehler gemacht, kein Zweifel. Aber ihm stehen, ebenso wie der Weltbank, viel zu wenig Mittel zur Verfügung, um den Mitgliedsländern zu helfen, besonders den armen und unterentwickelten Volkswirtschaften. Weltbank und IWF sind nicht Teil einer Verschwörung, die Globalisierung heißt.

**SPIEGEL:** Gilt das auch für die Welthandelsorganisation WTO?

**Tobin:** Selbstverständlich. Schon ihr Vorläufer GATT hat viel Gutes dafür getan, den Welthandel auszuweiten.

**SPIEGEL:** Nicht jeder sieht das so positiv. Zehntausende Globalisierungsgegner stürmten 1999 in Seattle die WTO-Ministerkonferenz.

**Tobin:** Die WTO braucht mehr Macht, auch über die USA. Die WTO müsste etwa verbieten können, dass Industrieländer Importe aus Entwicklungsländern mit Handelshemmnissen aller Art aussperren.

**SPIEGEL:** Fakt ist, dass die Industrieländer die Dritte Welt mit Produkten beliefern und sie als Billigarbeiterpotenzial nutzen.

**Tobin:** Diese ganze Idee, IWF, Weltbank und Welthandelsorganisation seien die Feinde der Entwicklungsländer, halte ich für fehlgeleitet. Die Probleme der Globalisierung werden nicht dadurch gelöst, dass man sie aufhält. Alle Länder und ihre Einwohner profitieren vom freien Austausch von Gütern und Kapital.

**SPIEGEL:** Warum hat die Armut in der Welt dann zugenommen?

**Tobin:** Hat sie doch gar nicht. Nehmen Sie Südkorea, das 1960 ein bitterarmes Land war. Jetzt gehört es zu den Industrienatio-



Das Gespräch führten die Redakteure Christian Reiermann und Michaela Schießl.

nen in der Welt. Das Gleiche gilt für einige andere Tigerstaaten, trotz der Südostasien-Krise vor vier Jahren. Diese Länder sind immer noch wohlhabender als vor drei Jahrzehnten. Und das sind sie geworden durch Handel und fremdes Kapital.

**SPIEGEL:** Einzelne Länder mögen profitieren, doch global gesehen werden die Reichen reicher und die Armen ärmer.

**Tobin:** Armut kann viele Ursachen haben, die meisten liegen in den Ländern selbst. Die werden ihre Lage nicht durch solche Maßnahmen verbessern können, wie sie die Globalisierungsgegner empfehlen, etwa die weltweite Einführung von westlichen Arbeitsplatzstandards. Damit vermindert man die Wettbewerbsfähigkeit von Importen aus armen Ländern in reiche Märkte.

**SPIEGEL:** Sie bezichtigen Attac, ein schlechter Anwalt armer Länder zu sein?

**Tobin:** Ich kenne wirklich die Details der Attac-Vorschläge nicht genau. Die jüngsten Proteste sind ziemlich widersprüchlich und uneinheitlich, ich weiß nicht einmal, ob all das Attac widerspiegelt. Im großen Ganzen sind deren Positionen gut gemeint und schlecht durchdacht. Ich will meinen Namen nicht damit assoziiert wissen.

**SPIEGEL:** Haben Sie jemals mit Attac gesprochen?

**Tobin:** Der Vorsitzende Bernard Cassen hat mich einmal angerufen und nach Paris ein-

### „Die Probleme der Globalisierung werden nicht dadurch gelöst, dass man sie aufhält“

geladen. Dort sollte ich vor ein paar tausend jubelnden Anhängern auftreten.

**SPIEGEL:** Was haben Sie ihm geantwortet?

**Tobin:** Ich habe abgesagt. Aus familiären Gründen und weil ich nicht mit den Zielen von Attac identifiziert werden wollte. Seither hab ich nichts mehr von ihm gehört. Attac hat mir auch nicht mitgeteilt, dass sie meine Steuer propagiert. Ich habe nichts zu tun mit ihrer Namensgebung.

**SPIEGEL:** Wie erklären Sie sich, dass Ihre Steueridee unter Politaktivisten viele Anhänger hat, Wirtschaftsexperten sie jedoch kritisieren?

**Tobin:** Tun ja nicht alle. Die meisten Ökonomen ignorieren meinen Entwurf schlicht. Allerdings gibt es eine Reihe von Büchern und Artikeln über die Tobin-Tax. Einige sind dafür, andere kritisieren sie, manche sind unentschieden.

**SPIEGEL:** Professor Rudi Dornbusch vom Massachusetts Institute of Technology sieht Ihre Steuer kritisch, Robert Mundell, wie Sie ein Nobelpreisträger für Wirtschaft, hält sie gar für eine „dumme“ Idee.

**Tobin:** Ich hoffe, die beziehen sich auf Attac und Konsorten, nicht auf meine Steuer. Ich glaube gern, dass Dornbusch und Mundell dagegen sind.

**SPIEGEL:** Ausgerechnet George Soros, der berühmteste Spekulant der Welt, lobt Ihre

Spekulantentabwehrsteuer. Schon wieder Applaus von falscher Seite?

**Tobin:** Der Mann weiß eben, wovon er spricht. Soros hat an den Finanzmärkten sehr viel Geld verdient, das ist an sich ja keine Sünde. Zudem hat er sehr unorthodoxe Vorstellungen über das Weltwährungssystem. Auf ihn sollten die Finanzminister der Welt mehr aufpassen als auf mich, ihn sollten sie stärker fürchten, denn er hat die Mittel, um seine Vorhaben durchzuziehen.

**SPIEGEL:** Glauben Sie, dass Ihre Tobin-Steuer einmal verwirklicht wird?

**Tobin:** Keine Chance, fürchte ich. Die entscheidenden Leute in der internationalen Finanzszenen sind dagegen.

**SPIEGEL:** Die europäischen Wirtschafts- und Finanzminister werden auf ihrer Konferenz Ende September in Lüttich die Tobin-Tax diskutieren.

**Tobin:** Das wird wahrscheinlich eine reine Show. Ich bezweifle, dass ernsthaft darüber nachgedacht wird. Die wollen den Finanzsektor doch nicht mit einer zusätzlichen Steuer belasten. Die wichtigsten Finanzminister der Welt sind gegen die Tobin-Steuer, einschließlich der der Vereinigten Staaten – ob es nun Clintons Mann war oder Bushs.

**SPIEGEL:** Warum kehrt man zum Schutz der Währungen nicht einfach wieder zu einem Festkurssystem zurück, bei dem die

Zentralbanken der beteiligten Länder die Wechselkurse stabil halten?

**Tobin:** Das wurde versucht und scheiterte. Spekulanten wie Soros manövrieren die Notenbanken einfach aus. Schauen Sie doch bloß nach Argentinien, das seinen Peso direkt an den US-Dollar gekoppelt hat. Was dort geschieht, ist ein Desaster, ein absolutes Desaster. Solche unumstößlichen Wechselkursfestlegungen sind Einladungen zur Spekulation. Die Händler wetten darauf, ob die Notenbanken willens und fähig sind, die vereinbarten Kurse zu verteidigen. Nein, Festkurssysteme sind aus der Mode gekommen, und das ist auch gut so.

**SPIEGEL:** Warum nicht Währungskrisen vermeiden, indem man Währungen einfach abschafft? Kann eine Währungsunion nach dem Vorbild des Euro nicht auch in Asien und Amerika sinnvoll sein?

**Tobin:** So wie ich es sehe, ist der Euro nicht gerade der große Erfolg, der sich als Modell für andere Weltregionen aufhängt.

**SPIEGEL:** Der Euro holt gegenüber dem Dollar auf.

**Tobin:** Ich beziehe mich nicht auf seinen Wert. Euroland krankt daran, dass sich Europa gesamtwirtschaftlich in einer wenig

\* Bei der Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaft 1981 in Stockholm.



**Ökonom Tobin, König Carl Gustav\***  
„Euroland ist krank“

guten Verfassung befindet. Schuld daran ist die Europäische Zentralbank, weil sie keine Politik verfolgt hat wie die amerikanische Notenbank Fed.

**SPIEGEL:** Und die wäre?

**Tobin:** Wim Duisenberg, Präsident der Europäischen Zentralbank, hat mir einmal gesagt, dass er mit realer Wirtschaft, mit Wachstum und Beschäftigung, nichts zu tun habe. Seine Aufgabe sei es, die Preise stabil zu halten, also Inflation zu bekämpfen. Wenn das alles ist, was die europäische Geldpolitik zu bieten hat, dann ist es nicht überraschend, dass die Wirtschaft in Europa schwach ist.

**SPIEGEL:** Wie hat Duisenberg seine Haltung begründet?

**Tobin:** Er hat eine sehr ideologische Sicht. Für ihn ist Preisstabilität eine Art Religion so wie früher in den USA für die Monetaristen. Zum Glück gehörte der amerikanische Zentralbankchef Alan Greenspan nicht dazu. Die Fed beschränkt sich nicht darauf, die Preise stabil zu halten. Sie fühlt sich auch für Wachstum und Arbeitsplätze verantwortlich. Greenspan hat immer gesagt, dass die Fed nach besten Kräften beides zu erreichen versucht, Preisstabilität und Wachstum.

**SPIEGEL:** War das ein Kunststück angesichts des längsten Wirtschaftsbooms der US-Geschichte?

**Tobin:** Der Aufschwung war nicht bloß ein historischer Zufall. Greenspan hat viel damit zu tun, ebenso die Clinton-Regierung. Zweifellos hatte Greenspan Glück, aber er war eben auch mutig. 1994 galt es der Notenbank als heiliges Gesetz, dass Inflation drohe, wenn die Arbeitslosenrate unter sechs Prozent sinkt. Als wir damals diesen Grenzwert erreichten und sich die Inflation weiter ordentlich benahm, widerstand Greenspan dem Druck und griff nicht ein, drosselte die Geldmenge nicht. Wir kamen runter auf vier Prozent Arbeitslosigkeit, und trotzdem stieg die Inflation nicht, nur weil Greenspan es wagte, sich gegen traditionelle Lehrmeinungen zu stellen. Duisenberg würde sich so etwas nie trauen.

**SPIEGEL:** Herr Tobin, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.